



2015/2344(INI)

13.7.2016

STELLUNGNAHME

des Haushaltskontrollausschusses

für den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zur Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets
(2015/2344(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Zigmantas Balčytis

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltskontrollausschuss ersucht den federführenden Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. stellt fest, dass es der Europäischen Wirtschafts- und Wahrungunion an einem fiskal- bzw. haushaltspolitischen Anpassungsverfahren zur Abfederung asymmetrischer Schocks mangelt, da – wie die Krise gezeigt hat – selbstregulierende Marktkräfte allein nicht genügen, um zu verhindern, dass sich die Mitgliedstaaten überschulden;
2. ist der Ansicht, dass eine gemeinsame Währung – wie durch die Krise deutlich geworden – nicht allein darauf beruhen kann, dass eine Zentralbank die Geldmenge kontrolliert, sondern auf eine weitergehende fiskalpolitische, wirtschaftliche und politische Integration angewiesen ist;
3. weist auf den Standpunkt des Parlaments hin, wonach die europäische wirtschaftliche Integration vertieft werden muss, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets und der gesamten EU zu wahren;
4. ist besorgt darüber, dass die in den letzten Jahren entwickelten Instrumente zur Bewältigung der Krise zwischenstaatlichen Charakter haben, nicht in den gemeinschaftlichen Besitzstand integriert sind, nicht der demokratischen Kontrolle unterliegen und dem Parlament gegenüber nicht rechenschaftspflichtig sind;
5. hebt hervor, dass im Euro-Währungsgebiet eine Haushalts- und Fiskalkapazitat eingerichtet werden muss, damit die Wirtschafts- und Wahrungunion (WWU) vollendet wird; ist der Ansicht, dass sich von den Aspekten der Haushaltspolitik die Stabilisierung mittels einer Fiskalkapazitat am besten umsetzen lässt, während Umverteilung eher in einer stärker integrierten politischen und wirtschaftlichen Union denkbar wäre;
6. betont, dass eine solche Kapazität zwar als Teil des EU-Haushalts, aber außerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) eingerichtet und von der Kommission umgesetzt werden sollte; weist auf seinen Standpunkt hin, wonach jedwede Haushalts- und Fiskalkapazitat, die eigens für das Euro-Währungsgebiet geschaffen wird, im Rahmen der EU entwickelt werden muss;
7. weist darauf hin, dass jegliche Haushaltskapazitat speziell auf staatliche Investitionen in soziale und wirtschaftliche Ziele, z. B. Vollbeschäftigung und soziale und regionale Konvergenz, abzielen muss;
8. weist darauf hin, dass, was ihre Finanzierung betrifft, die Haushaltskapazitat in den Unionshaushalt einbezogen werden muss; ist der Ansicht, dass sie mit Maßnahmen zur Unterbindung von Steuerumgehung und -hinterziehung finanziert werden könnte;
9. hebt hervor, dass diese Kapazität den Bestimmungen der Artikel 317, 318 und 319 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) entsprechen sollte, damit für demokratische Kontrolle, Transparenz und eine Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern der EU durch bestehende Einrichtungen gesorgt wird.

**ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG
IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS**

Datum der Annahme	13.7.2016
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 16 -: 4 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Nedzhmi Ali, Louis Aliot, Inés Ayala Sender, Zigmantas Balčytis, Dennis de Jong, Martina Dlabajová, Luke Ming Flanagan, Jens Geier, Ingeborg Gräßle, Bogusław Liberadzki, Georgi Pirinski, Petri Sarvamaa, Claudia Schmidt, Igor Šoltes, Michael Theurer, Marco Valli, Derek Vaughan
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Benedek Jávor, Julia Pitera, Miroslav Poche